

POPULISMUS BEGEGNEN

EMPFEHLUNGEN JUNGER MENSCHEN

EIN DEUTSCH-FRANZÖSISCHES KOOPERATIONSPROJEKT

WIR MÜSSEN JETZT HANDELN

Der Aufstieg des Populismus ist ein Weckruf für Demokratien in ganz Europa. Populistische Politikerinnen und Politiker in vielen Ländern Europas fordern: "Wir wollen die Kontrolle zurück!", "Gebt dem Volk seine Stimme wieder", "Nieder mit den korrupten Eliten und dem Parteienkartell!" Unter diesen lauten Stimmen gehen die stillen oft unter. Mit Blick auf diese Entwicklungen möchten wir mit den hier vorliegenden Empfehlungen dem Populismus etwas entgegensetzen.

Wir sind eine Gruppe von 15 Studierenden des Studentenforums im Tönissteiner Kreis e.V. aus Deutschland und der Conférence Olivaint aus Frankreich. Wir haben uns vorgenommen, die aktuelle Welle des Populismus aus einem deutsch-französischen Blickwinkel genauer zu betrachten. Während unser Herbstakademie 2017 in Paris und Berlin trafen wir uns mit französischen und deutschen Persönlichkeiten aus Politik, Sozialwissenschaften, Journalismus und Zivilgesellschaft, um dem Phänomen Populismus mit einer jungen Perspektive auf den Grund zu gehen.

Das folgende Positionspapier trägt unsere Beobachtungen und Analysen zusammen. Das Problem des Populismus reicht tiefer als polarisierende Phrasen und Wahlergebnisse. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die Wurzeln und Ursachen angehen. Dabei sind wir uns der Tatsache bewusst, dass ein friedliches Europa nicht selbstverständlich ist. Populismus sollte mit mehr und nicht mit weniger europäischer Integration gelöst werden. Unsere Antwort wird immer eine europäische sein.

DEMOKRATISIERUNG

DEMOKRATISCHE REPRÄSENTATION VERBESSERN

Populistische Parteien werden stärker, wenn sich Bürger durch Institutionen nicht repräsentiert fühlen. Dennoch sind die meisten etablierten politischen Parteien nicht in der Lage, unterschiedliche Gruppen in unseren Gesellschaften eine Heimat zu geben. Viele Entscheidungsträger sind männlich, älter als fünfzig, wohlhabend und haben ein Studium in Jura abgelegt. Jugendliche werden durch diese homogene Verteilung marginalisiert und sind somit selten in der Politik aktiv. Es ist unbedingt erforderlich, sie besser einzubeziehen. Das erreichen wir durch:

- **"Quoten" für Jugendliche.** Menschen unter 35 sollten angemessen in allen Parlamenten und Entscheidungsgremien vertreten sein.
- **Mehr Vielfalt in der Politik.** Parteien, Parlamente und Institutionen sollten aktiv junge Menschen, Frauen, Geringverdienende, Menschen ohne Hochschulbildung, Migrantinnen und Migranten sowie marginalisierte Gruppen erreichen, werben und fördern.
- **Jugendparlamente,** die als ständige Institutionen eingerichtet werden, um die Entscheidungsprozesse auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu begleiten und auf sie Einfluss zu nehmen.
- **Zeit und Raum für direkten Kontakt** zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf der anderen Seite. Der Zugang von Lobbyorganisationen zu europäischen Institutionen sollte eingeschränkt werden.

PARTIZIPATION UND KOMMUNIKATION VERBESSERN

Gäbe es eine Nichtwählerpartei, wäre sie die größte im Parlament. Gleichzeitig wird die Stimme junger Leute nicht gehört. Die Enttäuschung wird von Populistinnen und Populisten ausgenutzt. Andererseits leben junge Menschen in digitalen und gesellschaftlichen Echokammern. Infolgedessen spaltet der Mangel an Kommunikation untereinander die Gesellschaft. Wir müssen neue Kanäle schaffen, um Ideen austauschen zu können. Deshalb fordern wir:

- **Partizipation durch Digitalisierung.** Durch soziale Medien und neue Apps, kann Zugang zu Informationen, Diskussion politischer Themen und die Teilnahme an Entscheidungsprozessen ermöglicht werden.
- **Bürgerforen**, die in Städten und ländlichen Gebieten organisiert werden. Sie sollen Raum für Diskussionen zwischen unterschiedlichen Gruppen von Menschen mit verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen bieten. Sie sollen jungen Menschen die Gelegenheit geben, sich mit lokalen und nationalen Politikerinnen und Politikern auszutauschen und sie zu beraten.
- **Zivilgesellschaftliche Organisationen** sollten gezielt finanziell und strukturell unterstützt werden, um mehr Präsenz in vernachlässigten Regionen zu zeigen. Junge Menschen werden alternative Freizeitmöglichkeiten bereitgestellt, die verhindern können, dass sie stattdessen durch extremistische und populistische Gruppen angesprochen werden. Freizeitaktivitäten, bürgerschaftliches Engagement, Gemeinschaft und berufliche Perspektiven sollen Jugendliche dazu ermutigen, ihre Talente und Fähigkeiten voll zu entfalten.
- **Die Schaffung einer zentralen "Europäischen Kommunikationsagentur für politische Bildung" (E-CAPE: European Communication Agency for Political Education).** E-CAPE soll junge Menschen zu politischen Institutionen, politischen Prozessen und demokratischer Verantwortung aufklären. Sie soll zudem eine digitale Plattform mit Bildungsressourcen und Informationen zu informeller Bildung, Seminaren und Schulungen für Lehrkräfte anbieten.

BILDUNG, SOZIALES, BENACHTEILIGTE JUGEND

MEHR MOBILITÄT FÜR EUROPÄISCHE JUGENDLICHE

Mobilität junger Menschen in Europa ist eine der wirksamsten Maßnahmen gegen populistisches Gedankengut. Junge Menschen, die bereits im Ausland gelebt haben, fühlen sich anderen Ländern verbunden und nehmen die positiven Auswirkungen der EU in ihrem persönlichen Leben wahr.

Allerdings erreicht beispielsweise gerade das Programm Erasmus+ momentan nur eine sehr spezifische Bevölkerungsgruppe. Die Ansprüche in Bewerbungen sind nach wie vor auf Studierenden für Kurzaufenthalte ausgerichtet. Interessierte Europäerinnen und Europäer stoßen auf häufig praktische Hürden vor ihrem Aufenthalt. Insbesondere Bewerberinnen und Bewerber aus benachteiligten Verhältnissen sehen sich mit finanziellen Einschränkungen konfrontiert, die sie daran hindern, von Erasmus+ Gebrauch zu machen. Folgende Maßnahmen schlagen wir vor:

- **Das Erasmus+ Programm ausweiten, um mehr direkte und individuelle Förderung zu ermöglichen,** einschließlich der Förderung ganzer Studienlaufbahnen im Ausland und einjähriger Auslandsaufenthalte in der Sekundarstufe.
- **Praktische Hürden für die Teilnahme an Erasmus+ beseitigen.** Dies schließt unterschiedliche Semesterzeiten für die Hochschulbildung in unterschiedlichen europäischen Mitgliedsstaaten ein. Das betrifft aber auch die mangelnde Anrechenbarkeit von Leistungen in Fächern wie Medizin und Jura und den Mangel an verfügbaren Erasmus-Plätzen an vielen Hochschulen. Besonders wichtig sind auch Maßnahmen, die auf einen verbesserten Zugang zu Erasmus+ für junge Menschen in beruflicher Ausbildung abzielen.

- **Junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen während ihres Auslandsaufenthaltes besser unterstützen.** Eine solche Unterstützung erfordert zusätzliche finanzielle Leistungen für Studierende, die ein höheres Stipendium als den gewöhnlichen Satz benötigen.

EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT FÖRDERN

Viele Projekte versuchen bereits, die europäische Identität von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Dennoch bleibt echte Beteiligung weiter die Ausnahme. Nur wenigen Schülerinnen und Schüler wird im Unterricht ausführlich die Funktionsweise der EU erklärt. Nur wenige leisten einen Freiwilligendienst in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Aus diesem Grund schlagen wir vor:

- **Projekte zur Förderung europäischer Identität durch zusätzliche Impulse attraktiver machen.** Bildungsprogramme und Freiwilligenprojekte sollten in einer Weise beworben werden, die eine große Mehrheit junger Europäerinnen und Europäer anspricht. Dies schließt Bildungsangebote der europäischen *Bürgerkunde* ein, welche die Funktionsweise der EU sowie Möglichkeiten (des Europäischen Freiwilligendienstes) an junge Menschen vermitteln.

WIRTSCHAFT

FINANZIERUNG JUNGER UNTERNEHMENSIDEEN

Junge Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass es ihnen an Möglichkeiten bezüglich Finanzierung, Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflicher Mobilität mangelt. Die EU hat die Chance, einen sozial und ethisch verantwortungsvollen Wirtschaftsraum zu schaffen, indem in ethische und ökologische Projekte junger Unternehmerinnen und Unternehmern investiert wird. So können Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Deshalb fordern wir:

- Die **Schaffung eines "Investitionsfonds für junges Startkapital"** (FAIF - "First Access to Investment Fund"). Ein solcher Fond könnte durch Umverteilung finanzieller und personeller Ressourcen der Europäischen Investitionsbank geschaffen werden, ohne zusätzlich andere finanzielle Mittel zu beanspruchen.
- Junge Menschen können sich auf das **Startkapital** bewerben, sofern sie Schwierigkeiten haben, aufgrund fehlender Abschlüsse oder persönlicher Netzwerke erste Investorinnen und Investoren zu finden.
- Durch **Partnerschaften mit Universitäten** kann die Europäische Investitionsbank junge Menschen in ihren unternehmerischen Vorhaben schulen und beraten sowie später eine Finanzierung bereitstellen.

BESCHÄFTIGUNG FÜR JUNGE MENSCHEN

Junge Menschen stehen in ihren ersten Schritten auf dem Arbeitsmarkt oft vor bedeutenden Schwierigkeiten. Oft bleiben sie arbeitslos oder müssen einen Job annehmen, der ihren Erwartungen und Qualifikationen nicht entspricht. Durch die Förderung von Mobilität innerhalb der EU können junge Menschen den Radius ihrer Jobsuche erweitern und passende Stellen in ganz Europa finden. Wir fordern daher:

- **Die Schaffung einer spezifischen EURES Plattform für junge Menschen.** Diese würde junge Menschen ermöglichen, ihre Bewerbungen mitzuverfolgen und zu sichten, wann diese von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern erhalten, gelesen und beantwortet werden. Im Anschluss daran können Bewerbungstermine direkt online vereinbart werden.
- Die **Minimierung von Sprachbarrieren.** Für die meisten Berufe benötigt man gute Kenntnisse der Landessprache, professionelle Sprachtrainings sollten daher vor Ort im Zielland finanziell gefördert werden.
- Ein an das BIP des jeweiligen Landes gekoppelter **Mindestlohn** sollte in allen europäischen Ländern eingeführt werden.

- **Ausbildungsprogramme**, die von den Regierungen in allen Branchen gefördert werden. Berufsvorbereitende Ausbildungen sollten bereits während der Schulausbildung angeboten werden. Kleine oder mittelgroßen Firmen sollten den Lohn der Berufsanfänger von der Steuer absetzen können. Für große Firmen könnte eine Quote für Auszubildende eingeführt werden.
- **Verpflichtende Vergütung für Praktika** mit öffentlichen Unterstützungsgeldern für Praxisaufenthalte in kleine gemeinnützige Organisationen, die über keine Möglichkeit verfügen, vergütete Praktika anzubieten. In Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit könnte der Mindestlohn für junge Menschen niedriger angesetzt sein, um jungen Menschen mehr professionelle Möglichkeiten zu eröffnen.

BESSERE PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE MENSCHEN

Junge Menschen sehen sich mit einem Arbeitsmarkt konfrontiert, der Beschäftigte schützt und Jobsuchenden weniger Möglichkeiten bietet. Kommunale Foren und Organisationen können hilfreich sein, junge Menschen dabei zu helfen, Arbeit zu finden. Dies würde auch ihre Teilhabe auf lokaler, nationaler und letztlich auch auf europäischer Ebene fördern.

- **Finanzmittel für Kommunen** sollten erhöht werden, um dem Mangel an qualitativen Bildungseinrichtungen und Jugendzentren entgegenzusteuern. Aktive Teilhabe der Zivilgesellschaft ist notwendig, um über die Verteilung von Budgets zu bestimmen. Junge Menschen sollten dazu ermutigt werden, sich an der Umsetzung zu beteiligen.

MIGRATION

FÖRDERUNG GESELLSCHAFTLICHER UND POLITISCHER INTEGRATION

Populistinnen und Populisten stellen Migrantinnen und Migranten als "anders" und "gefährlich" dar. Bessere Integration und gesellschaftliche Teilhabe kann eine Antwort auf Populismus sein. Um Populistinnen und Populisten ihr Argumentationsgrundlagen zu entziehen, sollte die EU Migrantinnen und Migranten integrieren und aktiv in unsere Zivilgesellschaft einbinden. Das kann erreicht werden durch:

- **Die Schaffung lokaler Migrationsräte**, an denen Migrantinnen und Migranten aktiv teilnehmen. Dies gibt Migranten eine Stimme und die Möglichkeit sich in die politische Landschaft des Landes einzubringen sowie ihre Bedürfnisse direkt zu kommunizieren. Aufbauend auf der Arbeit des bereits existierenden Deutsch-Französischen Integrationsrats unterstützen wir die Schaffung von zusätzlichen Migrationsräten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene.
- **Die Förderung der Entwicklung von Integrationszentren**, die von der Zivilgesellschaft betrieben werden. Diese Zentren werden Migrantinnen und Migranten soziale Unterstützung bereitstellen, bei Verwaltungsakten helfen und Dialog und Kooperation mit den Gemeinden vor Ort unterstützen. Diese Maßnahme kann helfen, den Integrationsprozess zu beschleunigen und die Willkommenskultur vor Ort zu fördern.

TATEN STATT WORTE

Wir fordern Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dazu auf, eine aktive Haltung einzunehmen, die die Perspektive junger Menschen in ihr politisches Handeln einbindet. Wir stehen an einem Scheidepunkt für die Zukunft unserer Länder und Europas als Ganzes. Deutsch-Französische Zusammenarbeit ist der Schlüssel, sich der vielfältigen Herausforderungen unserer Demokratien anzunehmen. Die richtige Politik ermöglicht es, Populistinnen und Populisten ihre Handlungsgrundlage zu entziehen. Junge Menschen in ganz Europa sind bereit, ihren Beitrag zur Entwicklung dieser Politik zu leisten. Lassen Sie uns teilhaben. Seien Sie verantwortungsvoll. Und beweisen Sie, dass Taten mehr bewegen als Worte.